

# Mitglieder-Info

## Juni 2008

## Liebe Genossinnen und Genossen,



Hamburgs Bürgermeister Ole von Beust hat seine Regierungserklärung unter das Motto der Überbrückung bekannter politisch-ideologischer Gegensätze gestellt. Seine Schlussfolgerung: »Wir müssen in der Politik lernen, jenseits überholter Muster, jenseits von Durchschnittsdenken und Erfahrungswerten zu handeln.«

Diese christdemokratische Botschaft des »Versöhnen statt Spalten« überzeugt nur begrenzt. Mit den Grünen als Katalysator findet zweifelsohne eine partielle, widersprüchliche Modernisierung der CDU statt. Sie verabschiedet sich von einigen liebgewordenen programmatischen Fundamentalpositionen.

Es geht den Christdemokraten um ein neues Verständnis des Verhältnisses von Ökologie und Ökonomie und eine aktive Politik der gesellschaftlichen Integration (die von ihr in

der Vergangenheit immer strikt abgelehnt wurde) – dabei vor allem auch um eine Veränderung der vorschulischen und schulischen Bildung.

Allerdings bleibt diese von Teilen der herrschenden wirtschaftlichen und politischen Eliten als notwendig erachtete Modernisierung auf bestimmte Bereiche beschränkt, ist innerhalb der christdemokratischen Partei und ihres zivilgesellschaftlichen Umfelds umstritten und droht an den (z.T. selbst verantworteten) Schranken der öffentlichen Finanzen zu scheitern.

Und: Trotz allem Bemühen, »alte Muster und ausgetretene Politikpfade« zu verlassen – in den entscheidenden Punkten trampelt die neue Koalition auf alten Wegen und beharrt in Kernbereichen auf einer Politik, die den Menschen keine bessere Zukunft bringt und die soziale Spaltung zementiert.

So lässt das neue bürgerliche Bündnis die Grundstrukturen der sozialen Spaltung völlig unangetastet. Bei Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik (vor allem auch bei der Armutsbekämpfung), aber auch beim Umgang mit den öffentlichen Finanzen (»Haushaltsdisziplin«) bleibt es bei der Fortsetzung der vom alten Senat bekannten Politik. An alten »Leuchtturmprojekten« (Elbphilharmonie, U-4 etc.) wird festgehalten und auch in Sachen Privatisierung gibt es keinen Kurswechsel. Veränderungen werden dagegen – wie realistisch auch immer – in Sachen ökologische Modernisierung, verbesserte Integrationsangebote und Optimierung des Vorschul- und Schulsystems versprochen.

Gegen diese (kleinen) Veränderungsansätze setzen wir unsere Alternativen. Sofort- und Wahlprogramm sind die Leitlinie unserer Politik: Hamburg und Altona sozial, ökologisch und solidarisch – gegen die soziale Spaltung der Stadt. Zugleich müssen wir die Arbeit des neuen bürgerlichen Bündnisses in Zusammenarbeit mit den außerparlamentarischen Organisationen und Bewegungen (Gewerkschaften, Sozialverbände, Bürgerinitiativen etc.) kritisch begleiten und auch unter dem Aspekt bewerten, ob die selbst gesteckten Ziele umgesetzt werden. So können wir den vor allem bei den WählerInnen der Grünen zwangsläufig einsetzenden Desillusionierungsprozess beschleunigen.

In Altona ist dagegen bisher von einer auch nur ansatzweisen »Erneuerung« bei Schwarz-Grün wenig zu spüren. Hier dominiert Schwarz eindeutig die politische Agenda – und die Grünen agieren zumeist als Wurmfortsatz. So waren denn auch die ersten Bezirksversammlungen (siehe die Berichte von Robert Jarowoy in diesem und dem letzten Mitglieder-Info) von den schon bekannten politischen Initiativen geprägt: die Bedienung der Interessen der Unternehmen und der Besserverdienenden im Bezirk z.B. durch »intelligente Privatisierung« (vor allem: Public-Private-Partnership), wie das die Grünen nennen, wodurch nun auch der öffentlichen Raum der Verwertungslogik unterworfen werden soll. CDU und GAL verhandeln gegenwärtig über ihre neue Koalitionsvereinbarung. Wir werden sehen, ob dort neue Akzente gesetzt werden.

Unsere Bezirksfraktion hat durch konsequente Opposition gegen die altneuen schwarz-grünen Projekte wie auch durch das Infragestellen der undemokratischen, die Öffentlichkeit faktisch ausschließenden politischen Praxis (z.B. durch Geheimhaltungspflicht bei der Entscheidung bzw. Genehmigung von Bauvorhaben) der Bezirksversammlung ordentlich Sand ins Getriebe gestreut und für manche Aufregung gesorgt. Vom »gläsernen Rathaus« sind wir zwar noch weit entfernt. Durch unser konsequentes Einfordern von mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung können wir aber einen wichtigen Beitrag leisten, um der wachsenden Politikverdrossenheit zu begegnen.

Immerhin haben wir mit der Durchsetzung der Regionalausschüsse für die Stadtteile mit sozialen Brennpunkten die anderen Parteien zur faktischen Anerkennung der Tatsache zwingen können, dass Altona ein sozial gespaltener Bezirk ist.

| Stadtgebiet     | Mi-<br>gran-<br>ten<br>% <sup>1</sup> | Ar-<br>beits-<br>lose<br>% <sup>2</sup> | ALG<br>II<br>% <sup>3</sup> | So-<br>zial-<br>woh-<br>nung<br>% <sup>4</sup> | Aus-<br>lauf<br>SW<br>bis<br>2012<br>% | Mi-<br>gran-<br>ten-<br>schü-<br>ler<br>% <sup>5</sup> |
|-----------------|---------------------------------------|---|-----------------------------|--|--|--|
| Hamburg insg.   | 14,8                                  | 6,8                                     | 12,0                        | 13,2   | 19,0                                   | 15,6   |
| Bezirk Altona   | 15,6                                  | 6,4                                     | 10,7                        | 12,6   | 20,3                                   | 15,0   |
| Altona-Altstadt | 23,9                                  | 9,7                                     | 17,2                        | 21,1   | 5,0                                    | 40,2   |
| Altona-Nord     | 22,9                                  | 8,7                                     | 15,4                        | 12,6   | 1,7                                    | 31,2   |
| Ottensen        | 16,2                                  | 6,2                                     | 9,9                         | 8,2  | 2,8                                    | 14,1   |
| Bahrenfeld      | 16,8                                  | 7,1                                     | 10,6                        | 8,1  | 1,1                                    | 21,5   |
| Groß Flottbek   | 15,1                                  | 1,7                                     | 1,2                         | 0,7  | 0,0                                    | 3,4  |
| Othmarschen     | 11,3                                  | 1,9                                     | 1,3                         | 1,0  | 0,0                                    | 5,5  |
| Lurup           | 15,3                                  | 8,1                                     | 17,0                        | 25,9   | 28,3                                   | 18,2   |
| Osdorf          | 13,4                                  | 7,2                                     | 15,0                        | 32,9   | 48,0                                   | 17,3   |
| Nienstedten     | 9,8                                   | 1,5                                     | 0,8                         | 0,0  | 0,0                                    | 1,5  |
| Blankenese      | 10,2                                  | 2,2                                     | 1,6                         | 0,8  | 17,2                                   | 5,2  |
| Iserbrook       | 7,5                                   | 4,6                                     | 6,8                         | 1,9  | 0,0                                    | 7,6  |
| Sülldorf        | 9,8                                   | 4,6                                     | 6,8                         | 5,8  | 0,0                                    | 10,9   |
| Rissen          | 6,1                                   | 2,7                                     | 3,0                         | 4,0  | 8,7                                    | 4,9  |
| Sternschanze    | 24,3                                  | 7,5                                     | 14,1                        | 6,0  | 3,4                                    | 16,0   |

<sup>1</sup> 2006; <sup>2</sup> 6/2007; <sup>3</sup> 3/2007; <sup>4</sup> 2007; <sup>5</sup> 2006

Die bisher in der Sozialstatistik ausgewiesenen Daten taugen allerdings lediglich als Indikatoren für die soziale Spaltung im Bezirk. Aussagenkräftigere und detailliertere Daten über die soziale Lage von Arm und Reich in Altona liegen nicht vor.

Auch für unseren Bezirk steht damit die Forderung, die die Linksfraktion in der Bürgerschaft bereits eingebracht hat: Wir brauchen eine Reichtums- und Armutsberichterstattung, die allererst eine zielgenaue politische Intervention ermöglicht und das ganze Ausmaß sozialer Spaltung deutlich macht.

Über die Konkretisierung unserer politischen Ziele aus dem Wahlprogramm, u.a. bei der Bekämpfung sozialer Spaltung auf bezirklicher Ebene, wollen wir auf einer offenen Klausur von Bezirksvorstand und -fraktion am 28. Juni diskutieren. Dann liegt auch der schwarz-grüne Koalitionsvertrag vor und das Gespräch mit der SPD hat zudem stattgefunden, so dass wir dann wissen, ob es Schnittmengen in Altona gibt.

Zu guter Letzt: Die neuen Büros von Partei und Fraktion Am Felde 2 sind fast fertig eingerichtet. Wir wollen dort am Samstag den 21. Juni bei einem Brunch die offizielle Eröffnung feiern. Ihr seid alle herzlich eingeladen!

Mit solidarischen Grüßen

Beate Reiss

Bernhard Müller

SprecherInnen DIE LINKE. Altona

P.S. Die nächste Mitgliederversammlung unserer Partei findet am 16. Juni statt. Die Einladung findet ihr am Schluss dieses Infos.

## Aus der Bezirksfraktion

### Bericht von der Bezirksversammlung am Donnerstag, den 29.5.2008

Die Versammlung beginnt mit einer **Fragestunde der Bürgerinitiative für ein Bürgerhaus im »Musenstall« in Blankenese**. Die BI hat ein entsprechendes Transparent oben an der Publikums-Empore angebracht und ist zahlreich vertreten. Die BI möchte, dass eines der Herrenhäuser, die bisher – bis zur Auflösung des Ortsamtes Blankenese – von der Blankeneser Unterabteilung des Bezirksamtes Altona – genutzt wurden, von der Finanzbehörde/Liegenschaftsamt der FHH (Freie und Hansestadt Hamburg) für ein Bürgerhaus zur Verfügung gestellt wird. DIE LINKE erklärt, dass sie dieses Begehren selbstverständlich unterstützt, dass man allerdings befürchten müsse, dass die Immobilie bereits meistbietend an eine Firma verkauft sei. Große Empörung bei der CDU: Geheimnisverrat! Der CDU-Fraktionsvorsitzende beantragt Wort-Protokoll der ganzen Sitzung, weil man eventuell strafrechtliche Konsequenzen überlegen müsse.

Die SPD-Fraktion hat eine **Große Anfrage über den Erhalt des Buchenhof-Wäldchens in Iserbrook** gestellt. Es geht um den Artenschutz von Flora und Fauna, die sich dort recht einzigartig angesiedelt haben und nun plattgemacht und überbaut werden sollen. DIE LINKE erklärt, dass sie immer und überall gegen die Zerstörung von uraltem Baumbestand und Biotopen sei, egal, ob im Volkspark oder im Buchenhof-Wäldchen, und die Position der GAL, dass es sich hier nur um Öko-Rhetorik handele, für zynisch halte, wo es sich angesichts des Klimawandels etc. bei jeder Abwehrmaßnahme von zu fallenden Bäumen um den Erhalt der Lebensgrundlage von uns allen handele.

Nächster Tagesordnungspunkt: **Große Anfrage DER LINKEN zum Güterbahnhofgelände im Bereich Altona Nord**. DIE LINKE erklärt, dass sie die Stellungnahme des Baudezernats Altona mit seiner seit 1999 betriebenen Planung des gesamten (40 ha-großen) Geländes begrüße und sehr gut fände (niedrig geschossige Wohnbebauung mit einem anzulegenden Stadtpark, der über begrünte Brücken Ottensen mit Bahrenfeld und Altona Nord verbände). Merkwürdig sei allerdings, dass der Altonaer Stadtplanungsausschuss 2006 die ganze Planung (Westkreuz Altona) vom Tisch gewischt und an die Behörde für Stadtplanung und Umwelt (BSU) übergeben habe. Empörte Reaktionen von CDU und GAL, verbunden mit der Einladung, künftig an dem von der BSU vorzulegenden Konzept mitzuarbeiten.

Nächster TOP: **Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an sie betreffenden Gestaltungs-Beschlüssen öffentlicher Anlagen und Einrichtungen**. Die Große Anfrage stammte Michael Sauer, der auch die Position DER LINKEN in der Debatte vortrug. Als langjähriges Elternratsmitglied der Chemnitzstraßen-Schule müsse er feststellen, dass bei der Planung und Gestaltung des Schulneubaus die Kinder und Jugendlichen nicht gefragt worden seien – weder bei der Verkleinerung des Schulhofes und zusätzlichen Belegung mit

Parkplätzen, noch beim Abbau eines großen Teils des Altonaer Grünzuges, der durch die Errichtung des monströsen Bad-Neubaus stark reduziert sei. Der Einwand von SPD und GAL und des Bezirksamtsleiters, dass sehr viele Kinder und Jugendliche befragt worden seien, gingen am Thema vorbei, weil die Kinder nur über die Farbe der Wände und die Anschaffung von Spielzeug befragt worden sind, aber nicht über die Verkleinerung des Schulhofes, die Parkplätze etc.

TOP **Architekturakademie im Jenisch-Park**, der ehemaligen Residenz des Gartenbauamtes, das jetzt in das Technische Rathaus in der Jessenstrasse umzieht. Unsere Position: Wir sind grundsätzlich gegen den Verkauf öffentlicher Flächen an private Betreiber (z.B. Verkauf des Schaugewächshauses in Planten und Blumen an die Bucerius-Law-School, die vermutlich einen »Rechts-Campus« auf dem Gelände errichten will). Zudem sind wir als LINKE auch grundsätzlich gegen private Bildungseinrichtungen.

Nächster zusammengefasster TOP: Die CDU/GAL beantragen **Kreisverkehre** – vor allem in Blankenese, wo sie alle wohnen – zur Verkehrsberuhigung sowie die Einrichtung von Shared-Space-Räumen in Blankenese und Ottensen (Bahrenfelderstrasse). Die SPD hat einen Antrag gestellt, das Ganze in den Verkehrsausschuss zu verweisen. DIE LINKE plädiert dafür, die Konzepte zunächst einmal zu prüfen und die Bevölkerung (Anwohner, Ladenbesitzer, Menschen mit Handicaps und – unter Hinweis auf unsere große Anfrage – Kinder und Jugendliche) dazu zu befragen. Der dann von SPD und uns gemeinsam vorgetragene Antrag wird abgelehnt. Die Konzeptentwicklung wurde an die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) übertragen.

Nach der Imbisspause waren Öffentlichkeit und Presse, obwohl der öffentliche Teil der Sitzung noch nicht beendet war, weg – was wohl ein Kalkül gewesen sein dürfte, da danach unser **Hauptantrag gegen die grundsätzliche Vertraulichkeitserklärung aller (!) Bauanträge** zur Diskussion stand. Robert Jarowoy begründet den Antrag, die generelle Geheimhaltung aufzuheben, weil sie zum einen nicht den Grundzügen der Gesetzgebung entspricht. Zum anderen hinterlässt diese undemokratische Praxis, öffentlich im Stadtplanungsausschuss beschlossenen Bebauungspläne dann im Bauausschuss in der Einzelfallwürdigung zu »befreien« bzw. außer Kraft zu setzen, bei der Bevölkerung das Gefühl, dass hier Mausechelpolitik hinter dem Rücken der BürgerInnen betrieben wird. Beispiel: Der Bebauungsplan sieht für einen Straßenzug eine dreigeschossige Bebauung vor. Ein Bauherr beantragt eine Ausnahmegenehmigung für zwei weitere Geschosse. Die Genehmigung dafür (Befreiung) findet unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt, weil es hier um Persönlichkeits-, Datenschutz usw. ginge. Dass diese Praxis in der Bevölkerung zu Misstrauen führe, finde seinen Ausdruck darin, dass der Bauausschuss im Volksmund »Korruptionsausschuss« genannt werde. Daraufhin brach, übrigens auch bei der SPD und dem Bezirksamt, ein regelrechtes Empörungsgebrüll aus.

Nett auch eine weitere Argumentationskette: Würde der Antrag eines Supermarkts auf Erweiterung seiner Bebauung öffentlich verhandelt, würde das auch der Konkurrenz bekannt und sei deshalb für den Antragsteller schädlich. Unser Einwand; dass nun ausgerechnet die Fans der kapitalistischen Marktwirtschaft vor Konkurrenz schützen wollen, sei wenig glaubhaft, fand bei unseren politischen Gegnern selbstverständlich keinen Gefallen. Natürlich wurde unser Antrag von allen vier Fraktionen (CDU/GAL, SPD, FDP) abgelehnt.

Danach ging es noch einmal um die **Bürgerhäuser Os-dorf und Blankenese**, zu deren Bedeutung Eckard Fey für DIE LINKE sehr witzige und scharfsinnige Beiträge beisteuerte, die ich aber nicht mehr im Einzelnen in der Erinnerung habe, da ich nach der Debatte über die Vertraulichkeit doch sehr mitgenommen war, was ich hier nicht verhehlen will. Denn selbst wenn man weiß, dass man Recht hat, ist es nicht ganz einfach, gegenüber 50 pöbelnden, lachenden, uns fachlich für inkompetent erklärenden Menschen die Contenance zu wahren.

Als ein wirkliches Highlight trat dann Anita Friedetzky im letzten Debatten-Thema des Abends noch einmal mit ei-

ner kämpferischen Rede auf, in der sie zu dem ehemaligen **Bildungszentrum Röbbek** sprach, das, obwohl unter Denkmalschutz stehend, vom Senat verkauft werden soll, aber keinen Investor findet. Sie machte die bildungs- und denkmalsfeindliche neoliberale Politik des CDU/GAL-Senats deutlich und trat für den Erhalt des Ensembles auf. Die Politik, öffentliche Gebäude solange verrotten zu lassen, bis sie mit öffentlichen Mitteln nicht mehr zu restaurieren sind, um sie dann an private Investoren zu verkaufen, müsse endlich beendet werden. Natürlich wurden wir auch diesmal – zusammen mit der SPD – überstimmt.

**Fazit:** Vor allem CDU und GAL versuchen, uns als inkompetent und durchgeknallt lächerlich zu machen (z.T. auch die SPD). Auf der anderen Seite beziehen sich sehr viele bzw. sogar die meisten Redebeiträge auf unsere Anfragen und Anträge. Das ist auch gut so, denn alle wissen – und das merkt man deutlich – dass wir moralisch, historisch und politisch im Recht sind, und das müssen wir öffentlich machen und durchsetzen.

Robert Jarowoy

Antrag der Fraktion DIE LINKE

### Vertraulichkeitserklärung

Die BV empfiehlt, dass die generellen Vertraulichkeitserklärungen für jegliche Bauvorhaben durch das Bezirksamt nicht weiter pauschal verfügt, sondern im Einzelfall, zumindest, sofern es öffentliche Interessen betrifft, begründet werden. Einem im Bauausschuss von dem Rechtsamtsleiter Farries vorgetragenen Rechtsgutachten zufolge hat das Bezirksamt, vertreten durch die BauprÜf, zwar das Recht, Vorgänge als vertraulich zu deklarieren, das das Bezirksverwaltungsgesetz aber nicht vorschreibt, dass dies zwingend generell gelten müsse.

Petition: Die Bezirksversammlung wird um Zustimmung gebeten.

### Sitzung des Umwelt- und Verbraucherschutz-Ausschusses im Technischen Rathaus Altona am 26.5.2008

Die Hamburger Stadtreinigung stellte das Projekt »Unterflurcontainer« vor. Im Bezirk Altona wurden mehrere solcher Container installiert, erkennbar durch die rote Farbe, die sich vom Umfeld klar unterscheidet. Eine Präsentation zeigte die Vorteile, die Kosten und die Einsparungen des Leerungsaufwandes im Vergleich zu herkömmlichen Abfallbehältern. Zudem wurde hervorgehoben, dass im direkten Umkreis der neuen Behälter der Anfall von herumliegendem Müll deutlich reduziert wurde. In größerer Entfernung allerdings nimmt der Unrat nicht messbar ab, das wird man mit keinem System wirksam unterbinden können. Aus meiner Sicht sollte man genau abwägen, ob sich die neuen Behälter wirklich lohnen.

Zweiter Tagesordnungspunkt war die Vorstellung des neuen Altonaer Fachamtes für Verbraucherschutz, Gewerbe und Umwelt. Herr Langbehn erläuterte als Leiter der neuen Behörde die Aufgaben.

Desweiteren wurde über die personelle Besetzung des Nachbarschaftsbeirats als beratende Institution im Umfeld

des Airbus-Werkes gesprochen und über Nachtflugbeschränkungen des Flughafen Hamburg informiert.

Ein weiterer Tagesordnungspunkt war der im Rahmen der Agenda 21 ausgelobte Nachhaltigkeitspreis 2008, der von der Bezirksversammlung förmlich vergeben wird. Eine passende Auswahl-Möglichkeit wurde empfohlen.

Schließlich legte Herr Langbehn die aktuelle Liste der beim Umwelttelefon eingegangenen Beschwerden im Bezirk Altona vor. Über einen Fall – Pferdemit auf unbefestigten Boden im Bereich Osdorfer Born, Verursacher der Polo-Reiterhof – wurde ausführlich berichtet. Die Aufstellung wird in Abständen erneut vorgelegt und auf Antrag ein Fall gesondert besprochen.

#### Links:

Pressemitteilung zu den Unterflurcontainern:

<http://www.stadtreinigung-hh.de/srhh/opencms/ueberuns/presse/index.html?id=284>

Fachamt für Verbraucherschutz, Gewerbe und Umwelt:

<http://fhh.hamburg.de/stadt/Aktuell/bezirke/altona/gesund-heit-verbraucherschutz/verbraucherschutz/start.html>

Dirk Kölsche, Bezirksvorstand DIE LINKE.Altona

### Sitzung des Regionalausschusses II im Rathaus Altona, Kollegiensaal, am 28.5.2008

Nach den Formalien zur ersten Sitzung des Ausschusses wurde besprochen, wo der Ausschuss in Zukunft tagen soll und die Verlegung des Termins auf den dritten Dienstag im Monat zur Kenntnis genommen. Dirk Kölsche (DIE LINKE) stellte den Antrag, bei der nächsten Sitzung das Thema Stadtteilhaus Lurup auf die Tagesordnung zu nehmen und einen Sachstandsbericht von den Verantwortlichen zu erhalten. Frank Schmitt (SPD) ergänzte zustimmend, dass man die Sitzung ja im Stadtteilhaus Lurup abhalten könne. Die Verwaltung solle in Abstimmung mit dem Träger einladen. Die CDU schloss sich dem an.

Zweiter Tagesordnungspunkt war das Bürgerhaus Osdorf. Der Bezirksamtsleiter Warmke-Rose stellte als dem Ausschuss zugeordneter Behördenvertreter den augenblicklichen Sachstand vor. Zunächst soll geprüft werden, ob der Alternativstandort in der Schule »Am Barls«, Glückstädter Weg 75, die nicht mehr genutzt wird, kostengünstiger ist als ein Neubau. Zudem könnten in den größeren Gebäuden der Schule (mit Aula) auch mehr Funktionen untergebracht werden, während bei einem Neubau, für den maximal ca. eine Million Euro zur Verfügung stehen, die Nutzungsfläche wesentlich kleiner ausfiele. Das Bezirksamt prüft dies in Abstimmung mit den zuständigen Landesbehörden. Es soll auch eine Anhörung von Kindern und Jugendlichen geben. Zudem soll auf Antrag der SPD die »Borner Runde« als Stadtteilbeirat einbezogen werden. Eckhard Fey (DIE LINKE) gab zu bedenken, dass eine Überlandstromleitung über das Schulgelände führe.

Das Bezirksamt gab einen Sachstandsbericht über die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ab. Es liefen bisher 44 solcher Verfahren, zudem wurde eine neue Stelle im Bezirksamt geschaffen, auf der ein Referent sicherstellen soll,

dass Kinder und Jugendliche ausreichend gehört werden. Die SPD wies daraufhin, dass es einen Antrag der Fraktion DIE LINKE gibt, der dies fordert.

Desweiteren wurde dem Antrag der CDU/GAL stattgegeben, der Bezirksversammlung zu empfehlen, die Erstattung der Reparaturkosten des Daches des Stadtteilhauses Lurup in den Haushaltsausschuss zu überweisen. Dies ist mittlerweile geschehen.

Weiterer Tagesordnungspunkt: die Stadtbahn. CDU und GAL hatten auf Bezirksebene die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt in einem Antrag aufgefordert, die Anbindung der Stadtteile Lurup und Osdorf sowie des Volksparks in die Planungen für die neue Stadtbahn zu integrieren. Dies lehnte die BSU mit dem Hinweis darauf ab, dass eine solche Anbindung im Konzept für die ersten 40 km Strecke nicht enthalten sei. Eine solche Prüfung könne zu einem späteren Zeitpunkt vorgenommen werden. Die Behörde hält bei wesentlichen Änderungen den Bezirk auf dem Laufenden.

Schließlich entbrannte eine kurze Diskussion um die Themen des Regionalausschusses. Herr Grutzeck (CDU) merkte an, dass der Ausschuss sich um »lebenswerte Stadt«, aktive Stadtteilentwicklung und Sanierungsfragen kümmern solle, jedoch nicht um »das letzte Haus an der Grenze von Iserbrook zu Schenefeld«. Dirk Kölsche (DIE LINKE) wies darauf hin, dass sich der Regionalausschuss laut Bezirksversammlungsbeschluss auch um Fragen sorgt, die die Stadtteile als Ganzes tangieren. Wenn das ein wichtiges Thema sei, müsse man sich eben auch über ein Haus an der Stadtgrenze unterhalten. Die CDU wiederholte danach nochmals ihre Position. Meiner Ansicht nach versuchte die CDU auf diese Weise, bestimmte Themen von vornherein von der Tagesordnung auszuschließen. Dem widersprach aber auch die SPD.

Dirk Kölsche, Mitglied des Bezirksvorstands

## Whats left in the Bürgerschaft?

Von Norbert Hackbusch, Altonaer Mitglied der Fraktion DIE LINKE in der Hamburger Bürgerschaft

Die letzte Sitzung der Bürgerschaft im Mai war gekennzeichnet durch die Debatten über die Regierungserklärung. Ole von Beust plädierte für eine Politik »jenseits überholter Muster, jenseits von Durchschnittsdenken und Erfahrungswerten« betonte zwar das Neue an der schwarz-grünen Koalition, beschränkte sich im übrigen aber auf die Darstellung der wesentlichen, schon aus dem Koalitionsvertrag bekannten Projekte. Unsere Kritik daran (siehe auch im letzten Info der Artikel von Bernhard Müller und Joachim Bischoff) ist deshalb immer noch aktuell.

Wir konnten in der Aktuellen Stunde am Donnerstag mit dem Thema »Europa soll eine soziale Union werden, getragen durch Volksentscheide« unsere Kritik an den großen sozialen Defiziten des Vertrags von Lissabon so deutlich machen, dass selbst der Bürgermeister sich zu einer Antwort im Parlament veranlasst sah.

Der in der letzten Woche im Bundesrat abgestimmte Vertrag von Lissabon wurde auch von der Hamburger Regierung

gutgeheißen. Dieser Vertrag bestimmt die Grundlinien der EU-Politik in den nächsten Jahren. Lediglich Berlin hat sich aufgrund der Intervention der mitregierenden Linksfraktion enthalten. Warum unterstützen wir diese Enthaltung?

Obwohl der Vertrag einige Regelungen der EU demokratisiert, enthält er Grundsatzentscheidungen, die wir nicht mittragen können. Dazu gehört neben der Aufwertung der EU als Militärmacht, die vorrangige Ausrichtung der Wirtschafts- und Sozialpolitik der EU an den Interessen der Unternehmen und der Vermögensbesitzer. Durch die Nichtberücksichtigung des Sozialstaatsprinzips werden die sozialen Standards in Deutschland und der gesamten Europäischen Union gefährdet.

Die praktischen Auswirkungen zeigen sich in verschiedenen jüngeren Urteilen des Europäischen Gerichtshofes: So wurde im so genannten Ruffert-Urteil das niedersächsische Vergabegesetz, nach dem Aufträge des Landes Niedersachsen nur an Betriebe vergeben werden, die örtlichen Tarifverträ-

gen entsprechend bezahlen, für unwirksam erklärt. Das Bundesverfassungsgericht hat diese Praxis gerade vor wenigen Monaten noch ausdrücklich unterstützt und damit begrüßt, dass der Staat mit seiner Auftragsvergabe soziale Standards in der Region unterstützt.

Das hat Auswirkungen auch für Hamburg. Hier hat das Vergabegesetz in den letzten Jahren bei öffentlichen Aufträgen gerade im Baugewerbe soziale Standards gesichert – im Einvernehmen zwischen Gewerkschaften und Handwerkskammer. Mit den Urteilen des Europäischen Gerichtshofs sind nicht nur diese Standards, sondern Tausende von Arbeitsplätzen bedroht.

Solche Urteile lassen sich nur vermeiden, wenn in den Grundsatzverträgen und der noch auszuarbeitenden Verfassung der EU das Sozialstaatsprinzip verankert wird. Das wird ohne entsprechenden gesellschaftlichen und politischen Druck nicht möglich sein – wie der Streik der Hafentarbeiter gegen Port Package im letzten Jahr gezeigt hat. Auch hier soll-

ten Arbeitsplätze mit hohen sozialen Standards im Rahmen der Europäischen Union abgebaut werden. Der erfolgreiche Kampf der Hafentarbeiter in Europa hat das verhindert. DIE LINKE wird solche Auseinandersetzungen auch künftig unterstützen.

Viele Menschen nehmen die Europäische Union in ihrer gegenwärtigen Verfassung als Bedrohung für soziale Errungenschaften wahr. Stichworte hierfür sind z.B. Dienstleistungsrichtlinie, Port Package, Ausschreibungen für den Nahverkehr oder Müllentsorgung. DIE LINKE will die sozialen Regelungen im EU-Einigungsprozess deutlich ausbauen und damit die Voraussetzungen schaffen, dass die EU von einem vorrangigen Projekt der herrschenden wirtschaftlichen und politischen Eliten zu einem Projekt der europäischen Bevölkerung wird. Zur Schaffung einer breiteren Akzeptanz der EU bei den Menschen in Europa gehört selbstverständlich auch, dass sie in Volksentscheiden über die wichtigsten Dokumente der Europäischen Union abstimmen können.

## Aus der Partei

### Bericht aus der Stadtteilgruppe Lurup/Osdorf

Die letzte Sitzung unserer Stadtteilgruppe Lurup/Osdorf wurde nicht gerade überrannt, aber die Gruppe ist nach wie vor arbeitsfähig. Norbert Hackbusch hat aus der Bürgerschaft berichtet und will uns mit unseren Forderungen dort unterstützen.

Eines unserer Kernthemen ist der soziale Wohnungsbau bzw. aktuell das Auslaufen der Sozialbindung der SAGA/GWG-Wohnungen im Bereich Lurup/Osdorf. Wir bereiten zum Thema ein Flugblatt vor (siehe dazu auch den Beitrag von Volker Vödisch in diesem Info).

Hinzu kommen Infostände und Aktionen. Passend dazu, hat Uwe Grund (SPD) ein kleine Anfrage an die Bezirksversammlung zum Thema SAGA/GWG und Sozialbindungen gestellt. Er hat sie beim letzten Luruper Forum vorgestellt. Wir werden sehen, inwieweit wir hier mit den anderen Parteien

und – wenn vorhanden – mit anderen Initiativen zusammenarbeiten können.

Ein weiteres Thema, das uns beschäftigt, sind die nur spärlichen Einrichtungen für Jugendliche. Auch hier werden wir initiativ werden. Dann haben wir natürlich das Stadtteilhaus Lurup sowie das Bürgerhaus Osdorf als Dauerthema – und in Sachen Schwimmbad muss weiter recherchiert werden, was Bäderland für die Zukunft plant.

Für den 13.7. planen wir ein politisches Frühstück im Kindermuseum (muss noch vom Bezirksvorstand abgesegnet werden).

Last but not least haben wir es geschafft, dass unsere Gruppentermine nicht mehr mit der »Osdorfer Runde« und dem Regionalausschuss kollidieren, so dass wir überall präsent sein können.

Susanne David, Mitglied des Bezirksvorstands

## Debatte

### HIDs, BIDs, PPPs und Space share in Altona – Enteignung/Beraubung der Bevölkerung

Ein Sachstandsbericht von Robert Jarowoy, Fraktionsvorsitzender Die Linke im Altonaer Rathaus

In der Bezirksversammlung Altona stellen CDU und GAL z.Z. Anträge, die zunächst etwas kurios klingen, weil sie in ihren Formulierungen nur so strotzen von anglo-amerikanischen Begriffen und deren Abkürzungen. Kurios ist der Inhalt dieser Anträge allerdings keineswegs. Vielmehr läuft er auf die weitere Privatisierung des öffentlichen Raumes hinaus, wo nun, nach den großen Versorgungs- und Dienstleistungsbetrieben wie den Krankenhäusern, HeinGas, der HEW usw. die öffentlichen Straßen und Plätze an der Reihe sind.

HIDs und BIDs heißen ausgeschrieben: Housing Improvement Districts bzw. Business Improvement Districts. Über-

setzt meint dies die Aufwertung bestimmter Zonen (Distrikte) unter der Regie der anliegenden Geschäfte (BIDs) bzw. Hauseigentümer (HIDs). Faktisch ist es eine Art Übergabe nicht nur der Flächen, sondern ihrer Pflege, der Ordnungsdienfunktionen usw.

Da Hamburg als erstes Bundesland ein Gesetz beschlossen hat, dass die Einrichtung solcher HIDs und BIDs den Bezirken zwingend vorschreibt (das Gesetz ist am 1.1.2008 in Kraft getreten) hat die altneue Altonaer CDU/GAL-Koalition folgerichtig einen Antrag ein- und durchgebracht, dass die Fußgängerzone der Ottenser Hauptstrasse in so ein BID umgewandelt

werden soll. Das heißt, dass das Mercado bzw. der dahinterstehende Pirelli-Konzern diese Fußgängerzone übernehmen und kontrollieren wird. Mit seiner security, man könnte es auch Sicherheitsdienst nennen, wird er natürlich alle Straßenumusikanten, Punks, Bettler und unliebsamen Infostände vertreiben und nur noch kommerzielle Event-Veranstaltungen akzeptieren. Dafür wird es vielleicht eine etwas schickere Bepflasterung geben und ein »saubereres« Erscheinungsbild.

Dieses Konzept basiert auf dem PPP-Modell, der Public-Private-Partnership, das die gemeinsame Finanzierung von ursprünglich rein öffentlichen Aufgaben durch private Träger und die Kommunen vorsieht. Angepriesen wird dies vor dem Hintergrund leerer Kassen der Kommunen. Dass diese Kassen durch massive Steuersenkungen und die Verlagerung von Sozialausgaben vom Bund auf die Kommunen erst geleert wurden, wird natürlich nicht erwähnt. Auch nicht, dass diese privaten Träger, die gerne Investoren genannt werden, ausschließlich an einer hohen Rendite interessierte Großkonzerne bzw. weltweit agierende Hedgefonds sind, denen der Hamburger Senat Filetstücke öffentlichen Eigentums (z.B. Neuer Wall, Ottenser Hauptstrasse, Blankeneser Bahnhofsvorplatz) zum Zwecke der Verwertung ihres Kapitals zu Niedrigstpreisen übereignet hat.

Inwieweit das Space-Share-Projekt (Öffentlicher-Raum-Zur-Verfügung-Stellung-für-alle) für die Bahrenfelderstrasse im Bereich Alma-Wartenberg-Platz bis hin zur Erzbergerstrasse in diesen Zusammenhang einzuordnen ist, vermag ich trotz intensiver Recherche bislang noch nicht einzuschätzen.

Space share wurde in Holland entwickelt und steht für den Abbau jeglicher Verkehrsschilder und die Neupflasterung der gesamten Straße ohne Trennung von Fahrbahn und Fußgängerbereich. Die verschiedenen Verkehrsteilnehmer (Autos, Fahrräder, Fußgänger, Rollstuhlfahrer) sollen sich durch Blickkontakte verständigen und sozialverantwortlich aufeinander abstimmen. Das von der EU mit viel Geld geförderte Projekt ist in Deutschland bisher nur in einer niedersächsischen Kleinstadt erprobt worden, soll aber erst im Laufe dieses Jahres evaluiert (ausgewertet) werden. Das Vor-

preschen der Altonaer CDU/GAL-Koalition, sich als weiteres Pilot-Projekt in Ottensen und Blankenese anzubieten, sollte man mit skeptischem Blick beobachten.

Eine weitere Modebezeichnung betrifft die Begriffe »Gentrification« und »Segregation«. Gentrification bezeichnet die Aufwertung von Wohnvierteln durch Yuppies (young urban population). Das sind gut verdienende jüngere Leute aus dem IT-, Medien- oder Finanzbereich, meist Paare, bei denen beide verdienen), die hohe Mieten bezahlen können und gerne in Szenevierteln wohnen und büromäßig arbeiten wollen. Ottensen und das Schanzenviertel sind Paradebeispiele dafür. Die Kehrseite der Medaille ist die Segregation, die die Vertreibung der ursprünglichen Bevölkerung des Stadtteils beschreibt. In Ottensen ist der Prozess weitgehend abgeschlossen. Aus einem Arbeiterviertel ist über die Zwischennutzung durch Studenten, Künstler und Migranten jetzt vorwiegend ein Schicki-Viertel mit Altstadt-Flair zu extrem hohen Mieten bzw. edelsanierten Eigentumswohnungen geworden. Die ursprüngliche Bevölkerung und auch die »ZwischennutzerInnen« der 1980er Jahre wurden in den Osdorfer Born oder auf die Veddel bzw. nach Wilhelmsburg abgedrängt, wobei auf der Veddel bzw. in Wilhelmsburg jetzt auch schon wieder derselbe Prozess beginnt und die Weiterverdrängung der heute dort noch ansässigen Bevölkerung nach Kirchdorf-Süd oder Mümmelmannsberg ansteht.

Soweit zu den aktuellen Entwicklungen auf anglo-amerikanischem Sprach- und weltweitem Privatisierungsniveau, das uns in Altona leider genauso betrifft wie der Klimawandel und andere Katastrophen.

Was wir daraus lernen, welche Gegenkonzepte wir entwickeln und wie wir sie gemeinsam mit den betroffenen Menschen umsetzen, können wir natürlich nicht als kleine Fraktion in der Bezirksversammlung Altona entscheiden, sondern muss in unserer Partei DIE LINKE diskutiert und beschlossen werden. Hier können dafür lediglich einige wichtige Hintergrundinformationen gegeben werden, die für die Diskussionen und Entscheidungen wichtig sind.

Altona, den 28.5.2008

## Hände weg von Mieterhöhungen

**Mit dem Wegfall der Mietpreisbindung drohen Mietsteigerungen von bis zu 20% innerhalb von drei Jahren von Volker Vödisch, Mitglied des Bezirksvorstands DIE LINKE ALTONA**

Vor 18 Jahren gab es in Hamburg rund 265.000 Sozialwohnungen mit einer Mietpreisbindung. Schon 2002 waren es nur noch 151.000. Heute existieren wenig mehr als 114.000 Sozialwohnungen. Parallel zu dieser Entwicklung erlahmte der soziale Wohnungsbau Jahr für Jahr bis er fast ganz zum Stillstand kam. Bis zum Jahr 2012 werden für 19% aller Hamburger Sozialwohnungen eine Mietpreisbindung auslaufen. Im Bezirk Altona handelt es sich sogar um 20,8%! Am 1. Januar 2009 entfällt für 5.630 Wohnungen die so bezeichnete Mietpreis- und Belegungsbindung. Diese garantierten die

Wohnungsbaugesellschaften der Stadt und erhielten dafür im Gegenzug von der Hamburgischen Wohnungsbaukreditanstalt Zuschüsse für den Bau der Wohnungen.

Sobald die vertraglich vereinbarte Mietpreis- und Belegungsbindung für eine Sozialwohnung erlischt, kann die Wohnungsgesellschaft die Miete innerhalb von drei Jahren um 20% anheben und im nächsten Drei-Jahres-Zyklus wiederum um bis zu 20%. Die Mietteuerungsspirale ist dann in Gang gesetzt. Betroffen werden die sein, die ohnehin wenig haben: Arbeitslose, RentnerInnen, allein Erziehende und Familien mit

geringem Einkommen sowie Menschen mit Behinderungen. Wer nicht zahlen kann, muss ausziehen. Menschen, die möglicherweise seit Jahrzehnten in ihren Quartieren wohnen, werden mit dem erzwungenen Umzug sozial entwurzelt. Ihre Aussicht ist überdies minimal, anderswo in Hamburg preiswerten Wohnraum zu finden.

### **Fällt die Mietpreisbindung, steigt die Miete**

Die drohenden Mieterhöhungen sind keinesfalls bloße Panikmache. Die Antwort des Senats vom 9.5.2008 auf eine entsprechende Anfrage des SPD-Bürgerschaftsabgeordneten Uwe Grund lässt wenig Gutes erwarten. So lief bei 6.864 Wohnungen am 31.12.2007 die Sozialbindung aus. 2.174 Wohnungen befanden sich im Eigentum der SAGA/GWG. 38% dieser Wohnungen erfuhren eine durchschnittliche Mieterhöhung um 19-20%! In 26% der Fälle kam es zu einer Mietersteigerung von 18-19%. Diese Mieterhöhungen, so die Antwort des Senats, wären auch gerechtfertigt gewesen, weil die Mieten schon vorher unter dem Mittelwert des aktuellen Miet spiegels gelegen hätten. Allerdings vergessen Senat wie Mietersteigerer gerne, wie hoch der Mietenspiegel Hamburgs im Vergleich zu nahezu allen deutschen Großstädten ist!

### **Mietsteigerungen heizen Armutsentwicklung an**

Die Aufhebung der Mietpreisbindung und der kaum betriebene soziale Wohnungsbau bergen einen enormen sozialen Sprengstoff. Denn in Hamburg beziehen aktuell 237.000 Menschen das Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe oder eine Grundversicherung. Darunter befinden sich fast 65.000 Kinder und Jugendliche! 150.000 Frauen und Männer arbeiten als geringfügig Beschäftigte für Hungerlöhne, weitere 11.000 hangeln

sich durch Ein-Euro-Jobs und gut 33.000 Menschen sind in Hamburg trotz Arbeit arm. Etwa 40% von ihnen sind Vollbeschäftigte. Hinzu kommen Familien, RentnerInnen und andere Bevölkerungsgruppen, die es bisher gerade so schafften, ohne staatliche Unterstützung auszukommen. Menschen mit diesen Lebensumständen werden im Falle der Aufhebung der Mietpreisbindung und der daraus folgenden Mieterhöhung vor die Existenzfrage gestellt! Und nun drohen auch noch Gaspreiserhöhungen von bis zu 25%.

### **Stabile Mieten, keine Mieterhöhung, mehr Sozialwohnungen**

Der eigentliche Grund für die erfolgten und nun folgenden Mieterhöhungen bei der SAGA ist der Kauf der GWG durch die SAGA für rund 500 Millionen Euro, die übrigens der Stadt zufließen. Nun versucht die SAGA die Kaufsumme mit Mieterhöhungen zu kompensieren. Und das zulasten derjenigen, die nichts haben.

DIE LINKE.Altona fordert die SAGA auf, keine Mieterhöhungen mehr vorzunehmen. Die SAGA wie die anderen Wohnungsgesellschaften und -genossenschaften können sich sehr wohl dafür entscheiden, die Mieten stabil zu halten und nicht zu erhöhen! Die Hamburger Mieten sind eh viel zu hoch.

DIE LINKE. Altona fordert den Senat wie alle Wohnungsgesellschaften und Genossenschaften dazu auf, mehr preiswerten Mietwohnraum zu schaffen. Die Regierungsparteien CDU und GAL haben zwar in ihrem Koalitionsvertrag den Neubau von 5000-6000 Wohnungen pro Jahr in Aussicht gestellt, doch werden die wenigsten davon Sozialwohnungen sein. Auch das ist dem Koalitionsvertrag zu entnehmen.

## Termine & Stadtteilgruppen

### **Mo., 2.6. Bezirksvorstandssitzung**

Zeit: 19.30 Uhr; Ort: Am Felde 2 (im neuen Parteibüro)

### **Sa./So., 14./15.6. Altonale mit Info-Stand DIE LINKE**

Wir brauchen noch tatkräftige Hilfe für Auf- und Abbau sowie Standbetreuung. Bitte meldet Euch kurzfristig bei Gerd Lauer mann (kaizen007@hotmail.com oder Tel. 31 79 31 31), und sagt, zu welchen Zeiten ihr mitmachen könnt.

### **Mo., 16.6. Mitgliederversammlung DIE LINKE.Altona**

Zeit: 19.30 Uhr; Ort: Am Felde 2 (im neuen Parteibüro)

### **Sa., 21. 6. Brunch zur Eröffnung des neuen Büros**

Zeit: 11.00-14.00 Uhr; Ort: Am Felde 2 (im neuen Parteibüro)

### **Do., 26.6. Bezirksversammlung Altona**

Zeit: 18.00 Uhr; Ort: Altonaer Rathaus

### **Sa., 28.6. Offene Klausur von Bezirksfraktion und -vorstand**

Zeit: 11.00-17.00 Uhr; Ort: wahrscheinlich am Felde 2

### **Anfang Juli Was will die Linke in Altona?**

Veranstaltung von Partei und Fraktion im Rathaus  
Zeit und Ort werden noch bekannt gegeben

### **Stadtteilgruppe Altona-Altstadt**

Nächstes Treffen: bitte erfragen

Kontakt: Werner Haertel, Tel.: 040/2005467

### **Stadtteilgruppe Altona-Nord**

Nächstes Treffen: bitte erfragen

Kontakt: Stefan Ziefle, Tel.: 040/3861 25 42

Marcel Bois, Tel.: 040/43 27 28 61

### **Stadtteilgruppe Bahrenfeld**

Nächstes Treffen: 18.6, 19:30 Uhr;

Ort: »Mokka«-Café, Bahrenfelder Chausse 29

Kontakt: Horst Schneider, Tel.: 040/890 25 87

Karsten Strasser, Tel.: 040/390 85 55

### **Stadtteilgruppe Lurup/Osdorf**

Nächstes Treffen: 19.6, 20:00 Uhr; Ort: Stadtteilhaus Böverst-

land 38; Kontakt: Susanne David, Tel.: 040/560 57 26

Dirk Kölsche, Tel.: 040/28 78 16 72

### **Stadtteilgruppe Ottensen**

Nächstes Treffen: 9.6., 19:00 Uhr; Ort: Parteibüro Am Felde 2

Kontakt: Beate Reiss, Tel.: 040/396386

# Mitglieder- versammlung



An die Mitglieder  
DIE LINKE. Bezirksverband Altona

## Einladung zur Mitgliederversammlung

Am: Montag, den 16. Juni Beginn: 19.30 Uhr  
Ort: Parteibüro - Im Felde 2

## Vorläufige Tagesordnung

1. Begrüßung/Diskussionsleitung/Protokoll
2. Beschlussfassung Tagesordnung
3. Bericht Kassenprüfer über Zeitraum 30.6.2007 bis 12.4.2008
4. Entlastung des alten Vorstands, insbesondere des Schatzmeisters für den Zeitraum 30.6.2007 bis 12.4.2008
5. Auswertung Bundesparteitag
6. Berichte Bezirksvorstand + Bezirksfraktion
7. Sonstiges

Mit solidarischen Grüßen

*Beate Reiß (Tel.: 0174/6102395)*  
*Bernhard Müller (Tel.: 0160/92316471)*  
*Gerd Lauer mann (Tel.:0163/6345184)*